

## **Ministerpräsident Volker Bouffier**

### **Grußwort bei der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages**

Frankfurt am Main, 25. April 2013

---

Sehr geehrter Herr Präsident,  
sehr geehrte Damen und Herren,

ich grüße Sie alle herzlich im Namen des Landes Hessen.

Ich freue mich, dass sie in der Mitte Deutschlands, hier in dieser großartigen Stadt tagen. Nach meiner Kenntnis seit dreißig Jahren das erste Mal wieder. Gut, dass Sie da sind.

Bei uns in Hessen gibt es einen Spruch: Wir haben keinen Zugang zum Meer und auch keinen Zugang zu den Alpen, aber an uns kommt keiner vorbei. Wir liegen mitten drin, und so haben wir viel Verständnis nach allen Seiten für diejenigen, die eher Flächenländer sind, diejenigen, die starke, auch finanzstarke Länder sind, und wir leben das in enger und guter Partnerschaft auch mit den Kommunen.

#### **Verteilung der Finanzmittel ist Klassiker der Diskussion**

Starke Kommunen sind unverzichtbar für ein starkes Land. Darüber kann es nie Zweifel geben. Und das ist es, was uns gemeinsam leitet. Wenn wir über die Frage diskutieren: Wie erreichen wir dieses Ziel am besten, dann kann man das immer besonders gut messen an einigen Klassikern der Diskussion.

Ein besonderer Klassiker ist die Finanzausstattung. Dieses Thema gehört seit vielen Jahren dazu. Vor knapp 35 Jahren gehörte ich als ganz Junger auch dem Städtetag an für meine Heimatstadt Gießen. Und wir hatten damals die spannende Frage vorgelegt: Wie können wir eine bessere, gerechtere, eine zukunftsweisendere Verteilung der Finanzmittel hinbekommen? Die damalige Landesregierung hat gesagt: Die Frage ist gut. Wir schlagen vor, die kommunale Familie soll uns einen gemeinsamen Vorschlag machen, wie wir das in Zukunft besser verteilen.

Ich war damals voller Schwung und habe gedacht: Prima Vorschlag. Aber wir haben schnell festgestellt: Wir werden uns nie einig. Und dann hat die damalige Landesregierung in gewisser Tradition gesagt: Wir würden ja gerne etwas ändern, aber in dem Interessenkonflikt der verschiedensten Kommunen ist es unglaublich schwierig, hier weiter zu kommen. Daran hat sich in 35 Jahren wenig geändert.

Es ist zu lesen, die deutschen Städte und Kommunen hatten einen Überschuss im vergangenen Jahr von 1,8 Milliarden. Super, warum hören wir denn eigentlich immer von Finanznot, wenn Sie einen Überschuss machen?

Lassen Sie uns ehrlich miteinander umgehen: Durchschnittszahlen bringen wenig zur Erhellung des Problems. Das können Sie an einem Land wie Hessen wunderbar sehen. Nehmen Sie hier, im Mittelpunkt einer der stärksten Regionen Europas, drei Städte nebeneinander auf 20 Kilometer Entfernung, dann haben Sie alle Unterschiedlichkeiten, die man sich nur vorstellen kann. Schauen Sie sich die Städte Eschborn, Offenbach und Frankfurt an. Das können sie mit sportlicher Fitness zu Fuß erledigen oder mit dem Fahrrad. Aber Sie werden zu völlig unterschiedlichen Ergebnissen kommen.

Da haben Sie eine Stadt, die extrem wohlhabend ist, mit riesigen Rücklagen. Da haben Sie eine Stadt, die die größten Steuereinnahmen der Republik hat mit 1,6 Milliarden allein an Gewerbesteuern. Und einige Kilometer weiter haben Sie eine Stadt mit ausgesprochen großen, fast schon dramatischen Finanzproblemen. Gleiches Klima, gleiche Menschen, gleiche Infrastruktur, aber höchst unterschiedliche Situationen.

Deshalb bin ich der Auffassung: Es ist uns wenig geholfen mit Durchschnittszahlen, sondern wir müssen miteinander darüber diskutieren: Wie kriegen wir es hin, dort zu helfen, wo geholfen werden muss, kommunale Selbstständigkeit zu wahren und zu achten und Entwicklungsmöglichkeiten wahrzunehmen?

Wenn heute der Landkreistag hier wäre, würde er ein völlig anderes Bild von der Situation zeichnen als der Städtetag. Und der Städte- und Gemeindebund noch einmal ein völlig anderes. Aus der Sicht eines Landes müssen Sie alle im Blick behalten. Und wenn Sie alle im Blick behalten, dann können Sie nicht jedem jedes Mal Recht geben, sondern dann müssen Sie gelegentlich auch die schwierigsten politischen Entscheidungen treffen.

Und die schwierigste politische Entscheidung ist immer, Prioritäten zu setzen. Wenn Sie dem einen Recht geben und dem anderen erklären, dass er auch Recht hat, dann werden Sie scheitern. Die Hauptkunst der Politik ist nicht, zu jedem Ja zu sagen, sondern auch einmal

Nein zu sagen. Und wenn Sie bestehen wollen, dann müssen Sie bei zehn Fällen neunmal Nein sagen. Das kennen Sie aus ihrer Verantwortung genauso wie wir in der Landespolitik.

### **Der Kommunale Schutzschirm Hessen: Ein Angebot, das hilft**

Aber was unbestritten ist: Die Haushaltslage schnürt manchen Kommunen die Luft ab. Und deshalb haben wir hier in Hessen uns – und das will ich bewusst hervorheben –, *gemeinsam* mit den kommunalen Spitzenverbänden, mit dem Städtetag, mit dem Landkreistag und dem Städte- und Gemeindebund entschieden, einen sogenannten Kommunalen Schutzschirm aufzulegen. Wir haben 3,2 Milliarden Euro als Land dort eingesetzt, um zum einen Altschulden abzubauen, zum anderen Zinslasten günstiger zu machen.

Wir haben mit den kommunalen Spitzenverbänden vereinbart: Wir wollen Euch das nicht aufoktroieren. Jede Kommune kann selbst entscheiden, ob sie mitmacht. Lasst uns gemeinsam definieren, was die Regeln sind.

Wir haben uns die Situation angeschaut – das Land zusammen mit den drei kommunalen Spitzenverbänden – und dabei ist herausgekommen, dass 106 Städte von 425 Städten und Gemeinden von diesem Schutzschirm Gebrauch machen können, wenn sie es denn wollen. Davon haben 100 das Angebot angenommen. Und zwar quer durch das politische Farbspektrum.

Diese sogenannten Schutzschirmkommunen verpflichten sich, mit unserer Hilfe gemeinsam bis zum Jahr 2020 einen ausgeglichenen Haushalt zu haben. Warum das Jahr 2020? Das ist nicht nur nach dem Grundgesetz, sondern auch nach unserer hessischen Verfassung – wir haben eine eigene Verfassungsbestimmung durch Volksabstimmung herbeigeführt – der Zeitraum, wo Bund, Land und aus meiner Sicht auch Kommunen in der Lage sein müssen, ohne neue Schulden ihren Haushalt auszugleichen. Und an diesem Ziel halte ich fest.

Es kann nicht sein, dass uns nichts anderes einfällt, als immer nur neue Schulden zu machen. Das ist schnell formuliert, aber schwierig durchzuhalten.

Der Kommunale Schutzschirm ist ein Angebot. Ich freue mich darüber, dass viele Kommunen ihn angenommen haben. Es ist ein Angebot, das hilft. Aber er ist natürlich nicht die Lösung aller Probleme. Und deshalb muss die Diskussion weitergehen. Das ist auch mein Appell an den Städtetag: Wir müssen gemeinsam den Dauerbrenner Finanzierung weiterentwickeln.

## **Die klassische Verteilung der Finanzmittel bringt uns nicht weiter**

Sie haben neben den Finanzen auch das Thema Wohnungsbau und Wohnungsnot auf der Agenda stehen. Das ist in manchen Kommunen dramatisch, die Länder stehen ebenfalls in der Pflicht.

Aber wir müssen auch sehen: Es gibt weite Gebiete, da haben wir keinen Wohnungsmangel. Da haben wir Wohnungsleerstände. Da haben wir ganze Regionen, wo wir uns überlegen müssen: Wie halten wir da eigentlich die Infrastruktur aufrecht?

Wir haben Regionen, wo die Bevölkerungszahl drastisch zurückgeht. Und da müssen wir eine Antwort geben, was wir dort eigentlich vorhaben. Das lässt sich ganz praktisch herunterbrechen auf die Fragen: Wie halten wir dann eigentlich ein Bildungssystem aufrecht, wenn wir kaum noch Kinder haben? Wollen wir tatsächlich morgens zwei Stunden die Kinder alle mit dem Bus abholen, damit wir noch eine Klasse zusammenkriegem? Wie gehen wir damit um, dass da Orte sind, wo es keinen einzigen Laden gibt, wo es keine Kneipe gibt, wo es keine Tankstelle gibt, wo es nichts gibt?

Unsere Antwort kann ja wohl nicht sein, dass wir dort ein Schild aufstellen und sagen: Schaut mal, hier haben früher auch Menschen gelebt. Und die Großstädter fahren am Wochenende dorthin und schauen sich das an.

Aus der Sicht eines Landes sind das enorme Herausforderungen. Das führt dann zum Beispiel dazu, dass uns die klassische Verteilung von Mitteln nach Kopf oder nach Finanzkraft nicht weiterbringt. Nicht nur bei uns in Hessen haben wir die Tradition, die entsprechenden Landeszuweisungen in der Regel zur Hälfte nach der Finanzkraft und zur Hälfte nach den Einwohnern zu vergeben. Das ist ein Schlüssel, der ist erprobt. Auch weil wir uns selten auf etwas Neues gemeinsam einigen konnten, blieb es dann immer dabei.

Nur: Dort, wo eine kleinere Stadt mit 25.000 bis 30.000 Einwohnern sozusagen der Mittelpunkt einer ganzen Region ist, muss ich anders arbeiten als beispielsweise im Rhein-Main-Gebiet, wo ich eine völlig andere Struktur habe.

Und dann muss ich bereit sein zu sagen: Wenn eine Kommune 25 Stadtteile hat mit 25mal Feuerwehr, 25mal Friedhof und ähnlichem mehr, dann muss ich die auch anders behandeln. Genau in dieser Diskussion stehen wir jetzt mit den kommunalen Spitzenverbänden. Sie führt immer zum gleichen Ergebnis: Die, die besser gestellt werden, sind ruhig und sagen: Es ist eigentlich zu wenig. Und die, die an irgendeiner Stelle Einbußen haben, sind unzufrieden.

Trotzdem müssen wir diese Aufgabe gemeinsam schultern.

### **Wohnungsbau: Es gibt nicht die *eine* richtige Antwort**

Wir haben Herausforderungen, denen wollen und müssen wir uns stellen. Da gibt es nicht nur die *eine* richtige Antwort. Das gilt auch und gerade, wenn wir über den Wohnungsbau reden. Ich habe vor kurzem ein Landessonderprogramm zum Wohnungsbau vorgestellt.

Wir wissen, dass wir das ohne die Kommunen nicht schultern können. Und ich füge hinzu: Wir werden es als öffentliche Hand – also Bund, Länder, Kommunen – allein auch nicht schaffen. Wir müssen auch und gerade das private Kapital fördern und fordern, damit sich zum Beispiel beim Wohnungsbau genügend Investoren finden.

In unserem Landessonderprogramm haben wir festgelegt: Wir wollen rund 300 Millionen zusätzlich für den Wohnungsbau einsetzen. Wir wollen zum Beispiel Belegungsrechte kaufen, um Sozialwohnungen, die aus der Sozialbindung herausgefallen sind, wieder entsprechend einsetzen zu können. Ein Instrument, das nicht neu ist, aber über viele Jahre nicht genutzt wurde. Wir wollen 1000 zusätzliche Sozialwohnungen bauen. Wir wollen 2000 Plätze zusätzlich hinbekommen für Studentenwohnungen.

Aber wir müssen auch einen viel weiteren Ansatz verfolgen. Wir müssen uns ernsthaft mit der Frage beschäftigen: Kann es auf Dauer so weitergehen, dass wir im Geflecht hochkomplexer Vorschriften zur Flächenentwicklung, Flächennutzungsplanung, Ausgleichsplanung und anderem mehr viele, viele Jahre brauchen, bis wir an irgendeiner Stelle überhaupt handlungsfähig sind?

Ich glaube, dass wir kürzere und prägnantere Verfahren brauchen. Das geht nicht ohne Gesetzesänderungen, das geht nicht ohne Bundesgesetzesänderungen.

Aber ich finde, die Diskussion darf sich nicht nur auf diesen Punkt verkürzen. Und ich will sehr konkret sagen: Wir müssen auch Flächen aktivieren. Dort, wo wir als Land gefordert sind, werden wir das machen. Das richtet sich aber auch an die großen Eigentümer. Die Bahn zum Beispiel ist ein riesiger Eigentümer von Flächen. Der Bund auch. Dort gibt es viele Flächen, die wir aktivieren können.

Wir haben hier in Hessen, wie andernorts auch nach Abzug der Bundeswehr oder der amerikanischen Streitkräfte viele Diskussionen über die Frage: Was machen wir mit dem ehemaligen Kasernengelände? Da habe ich keine Probleme mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben. Da sind wir gemeinsam froh, wenn wir überhaupt jemand finden, der dieses Gelände irgendwie nutzt.

Aber wir haben auf der anderen Seite auch ein anderes Problem: Ist es im Sinne einer vernünftigen Stadtentwicklung eigentlich richtig, dass die bundeseigene Gesellschaft – nicht weil sie böswillig ist, sondern weil die gesetzlichen Vorgaben nun einmal so sind – auf einem Höchstgebot beim Verkauf besteht? Das hat zur Folge, dass die kommunale Planung dann ganz stark eingeschränkt ist. Dann haben wir Flächen in zentraler Lage, wo sich über Jahre nichts bewegt. Das muss sich ändern!

Ich kann keinen Sinn darin sehen, dass der Bundesrechnungshof und die Bundeshaushaltsordnung sagt: Ihr müsst versuchen, dort das Höchstgebot zu realisieren. Dann stellen wir nach fünf oder zehn Jahren fest: Es hat sich gar nichts realisiert und wir sind nicht weitergekommen.

Ich bin kein Freund davon, über Jahre zu beklagen, dass keiner sich einen Meter bewegen kann. Dann lassen Sie uns an dieser Stelle die gesetzlichen Voraussetzungen ändern, damit wir dort mehr Bewegungsspielraum bekommen. Das müssen wir auch dem Bund gegenüber deutlich machen. Auf mich können Sie dabei zählen.

### **Keine Überregulierung auf dem Mietmarkt**

Sie haben bei Ihrer Hauptversammlung neue Regelungen bei den Vermietungen gefordert. Machen Sie sich keine Illusionen. Damit allein werden Sie das Problem nicht lösen. Ich habe große Sympathie, dass man dem Wildwuchs Einhalt gebieten muss. Ich bin auch ziemlich nah bei Ihnen, dass man bei der Wiedervermietung einen Riegel vorschieben muss, damit dort die Preise nicht explodieren. Ob da zehn Prozent oder zwölf Prozent richtig sind, weiß ich nicht. Aber ich habe große Sympathie dafür. Ich glaube, dass wir das auch hinkriegen.

In einschlägigen Kreisen wird auch gefordert, dass wir insgesamt eine Mietpreisbindung hinbekommen müssen. Also auch für bestehende Mieten. Davon halte ich gar nichts.

Wir werden weder als Kommunen noch als Land jemals in der Lage sein, eine angemessene Wohnraumversorgung hinzubekommen, wenn es uns nicht gelingt, auch privates Kapital zu aktivieren. Und deshalb muss man aufpassen, wie weit man geht mit dem

Regelungsmechanismus. Keinem einzigen Mieter ist gedient mit vielen Vorschriften. Das nützt ihm gar nichts. Sondern dem Mieter ist nur gedient, wenn er eine vernünftige Wohnung hat. Deshalb bin ich ganz froh, dass Sie als Städtetag sich konzentrieren auf die Neuvermietung und nicht auf die Bestandsvermietung. Da sind wir uns schon mal einig.

Beim Thema Wohnraum insgesamt gilt: Wir dürfen nicht den Mangel verwalten, sondern wir müssen viele Ideen haben, wie wir neuen Wohnraum generieren. Wer hindert uns eigentlich daran, zum Beispiel Büroflächen in Wohnraum umzuwandeln? Dann müssen wir uns vielleicht auch einmal mit einigen Flächenvorschriften beschäftigen, mit einigen Vorschriften über Abstandsgebote und ähnlichem mehr. Solange wir ein so feines Geflecht haben, dass man sich keinen Millimeter bewegen kann, weil immer das eine das andere ausschließt, werden wir nicht weiterkommen.

Lassen sie uns völlig unvoreingenommen und vor allem Dingen unidiologisch an solche Fragen herangehen. Dann sind wir eher in der Lage, passgenaue Lösungen zu bekommen. Das, was hier in Frankfurt beim Wohnungsbau richtig ist, interessiert im Vogelsberg kaum jemanden und in anderen Teilen des Landes auch nicht. Die Infrastrukturentwicklung für das Land gehört genauso dazu wie der Blick auf die Metropole. Das Umland lebt von der Metropole, aber die Metropole lebt auch immer vom Umland. Beides muss zusammenkommen.

### **Wir brauchen mehr Europa, und wir brauchen weniger Europa**

Lassen sie mich einen letzten Punkt ansprechen. Ich bin sehr dankbar, dass Sie das Thema Europa in den Mittelpunkt Ihrer Hauptversammlung gestellt haben. Denn Europa ist unsere Zukunft. Europa ist ein Jahrhundert- und ein Friedensprojekt, das man nie geringschätzen darf und das man nie reduzieren darf auf Probleme der Finanzwirtschaft oder irgendwelche bürokratischen Richtlinien. Wahr ist allerdings auch, dass der Grundansatz Europas anders definiert werden muss, als es gelegentlich der Fall ist. Ich will es einmal so formulieren: Wir brauchen mehr Europa und wir brauchen weniger Europa.

Mehr Europa brauchen wir in einer gemeinsamen Außenpolitik, in den Grundzügen unserer Wirtschafts- und Finanzpolitik und manchem anderen. Weniger Europa brauchen wir bei den Regulierungen und Vorschriften.

Ich weiß nicht, ob es für die Zukunft Europas von entscheidender Bedeutung ist, ob wir den Nichtraucherschutz europäisch lösen müssen oder ob wir es vielleicht auch so machen können, wie wir es bisher gehalten haben. Ich weiß nicht, ob die letzte Feinheit irgendeiner Verwaltungsregulierung europäisch gelöst werden muss. Das glaube ich nicht.

Ich will Ihnen das ganz anschaulich machen: Ich bemühe mich seit Jahren, interessanterweise parteiübergreifend, am Beispiel des Flughafens Frankfurt in Brüssel klarzumachen: Wettbewerb an sich ist schön und gut. Aber wir haben hier auf diesem Flughafen über 75.000 Beschäftigte. Das ist die größte Arbeitsstätte Europas. Frankfurt ist der drittgrößte Flughafen des Kontinents. 58 Millionen Passagiere starten und landen hier. Damit das funktioniert, brauchen wir zuverlässige Bodenverkehrsdienste. Und wenn wir dort jetzt gezwungen werden, in einem Preiswettbewerb mit Bulgarien, Griechenland oder wem auch immer einzutreten, können wir diesen Wettbewerb nicht bestehen. Wir können ihn vernünftigerweise nicht bestehen, weil wir nicht auf Löhne runtergehen wollen, die dort gezahlt werden. Wir können auch deshalb nicht bestehen, weil wir unser hohes Leistungsniveau nicht einschränken und trotzdem wettbewerbsfähig bleiben wollen.

Wir haben uns mit viel Unterstützung bemüht, das dem Europäischen Parlament zu vermitteln. Es ist nicht gelungen. Ich behaupte, es ist eine Fehlentwicklung. Ich bin sehr für Wettbewerb und es wird mir als Christdemokraten keiner unterstellen, dass ich der Planwirtschaft huldige. Aber den vernünftigen Blick auf das Einzelthema, den dürfen wir uns nicht mit der großen Kelle des Binnenmarktes und des Wettbewerbs zubleistern lassen.

### **Keine Liberalisierung der Trinkwasserversorgung**

Der gemeinsame Markt, den wir in Europa haben, ist ein gigantisches Werk. Er ist ein großer Vorteil für alle. Viele Menschen haben davon profitiert und wir hier ganz besonders. Hessen ist mit Abstand der internationalste Standort Deutschlands. Wir leben von dieser Internationalität und wir wissen, was wir daran haben. Aber wir würden uns freuen, in Brüssel mit unseren Themen gelegentlich mehr Gehör zu finden. Und da ziehen wir mit den Kommunen an einem Strang. Das gilt besonders, wenn wir über den Richtlinienentwurf reden, der Ihnen unter den Nägeln brennt: Bedarf es einer Öffnung des Marktes, wenn es um die Trinkwasserversorgung geht? Klare Antwort: Nein. Aus meiner Sicht bedarf es dessen nicht.



Es geht dabei nicht so sehr um die Frage, ob sich die EU in die kommunale Daseinsvorsorge grundsätzlich einmischen darf oder nicht. Das ist auch ein weites Thema.

Worum es mir geht: Die einen sagen, Wasser ist ein Nahrungsmittel. Die anderen sagen, es ist ein Grundmittel. Aber Wasser ist jedenfalls kein Gut, das sich dem freien Wettbewerb so unterstellt, dass am Ende die Kommunen die Lasten tragen und irgendwo anders entschieden wird. Genau das wollen wir nicht.

Das Land Hessen wird sich mit allen Kräften gegen dieses Vorhaben der Kommission stemmen. Ich höre, dass da auch ein gewisser Prozess des Nachdenkens eingesetzt hat. Aber wir müssen dran bleiben und wir uns weiter gemeinsam in Brüssel engagieren. Die Frau Bundeskanzlerin sieht das genauso und dann, denke ich, werden wir gemeinsam erfolgreich sein.

### **Danke an den Deutschen Städtetag: Stadt und Land Hand in Hand**

Der Deutsche Städtetag steht vor einer Zäsur. Der Herr Präsident wird sein Amt aufgeben. Ich möchte die Gelegenheit nutzen Ihnen, lieber Herr Ude, herzlich Dank zu sagen. Sie und Petra Roth haben über viele Jahre die Spitze dieses Städtetages in Deutschland gebildet. Vernehmbar, klug und streitbar. Ich habe sie beide oft erlebt. Ein Roter und eine Schwarze, die sich aus meiner Sicht schon lange aus diesen Klischees gelöst haben. Jeder wusste immer, wo sie hingehören. Aber sie haben es über viele Jahre geschafft, aus der Enge der schlichten parteipolitischen Einordnung zu einer allseits akzeptierten Größe und Stimme der Deutschen Städte zu werden.

Lieber Herr Ude, Sie haben sich ja jetzt entschlossen, von den Höhen des Oberbürgermeisters in die Tiefen der Landespolitik zu steigen. Das ist auch ein spannendes Feld. Ihnen alles Gute für Ihre Zukunft. Herzlichen Dank für Ihre Arbeit. Herzlichen Dank, Petra Roth, für Ihre Arbeit!

Mein herzlicher Gruß geht an die beiden Neuen, die jetzt die Geschäfte übernehmen sollen. Es muss ja noch gewählt werden. Aber ich unterstelle jetzt mal, dass so gewählt wird, wie es auch in der Zeitung stand. Herr Dr. Maly, Ihnen gilt mein besonderer Gruß und Ihnen, Frau Dr. Lohse. Sie beide werden in Zukunft den Deutschen Städtetag repräsentieren. Ich wünsche Ihnen eine erfolgreiche Arbeit und eine glückliche Hand. Die Themen werden Ihnen nicht ausgehen. Die Begeisterung fürs Amt haben Sie und die Erfahrung auch. Und seien Sie

sicher: Unsere Unterstützung haben Sie auch. Das muss nicht bedeuten, dass man in jeder Frage immer die gleiche Position hat. Aber wir werden nie einen Zweifel daran lassen, wo wir gemeinsam hin wollen. Stadt und Land, Hand in Hand: Das ist es, was uns erfolgreich macht im Interesse der Menschen, die uns anvertraut sind.

Alles Gute für Sie alle. Schön, dass Sie bei uns in Hessen sind.